



Pet 2-19-15-82710-033916

28816 Stuhr

Krankengeld

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 20.05.2021 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
- weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Begründung

Mit der Petition wird im Zuge der Coronakrise eine Erweiterung des Zeitraumes, in welchem Krankengeld gezahlt wird, auf 24 Monate gefordert.

Zu den Einzelheiten des Vortrags der Petentin wird auf die von ihr eingereichten Unterlagen verwiesen.

Die Eingabe war als öffentliche Petition auf der Internetseite des Deutschen Bundestages eingestellt. Es gingen 107 Mitzeichnungen sowie 11 Diskussionsbeiträge.

Zu diesem Thema liegen dem Petitionsausschuss weitere Eingaben mit verwandter Zielsetzung vor, die wegen des Sachzusammenhangs einer gemeinsamen parlamentarischen Prüfung zugeführt werden. Der Ausschuss bittet daher um Verständnis, dass nicht auf alle vorgetragenen Gesichtspunkte eingegangen werden kann. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung stellt sich auf der Grundlage einer Stellungnahme der Bundesregierung wie folgt dar:

Die Petentin fordert eine Verlängerung der Krankengeldbezugsdauer auf 24 Monate, da es aufgrund der Absage von planbaren Operationen während der Corona-Pandemie zu Verzögerungen im Behandlungsablauf kommen kann.



Gemäß § 44 Abs. 1 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) haben Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung Anspruch auf Krankengeld, wenn die Krankheit sie arbeitsunfähig macht oder sie auf Kosten der Krankenkasse stationär behandelt werden. Die Versicherten erhalten nach § 48 Abs. 1 SGB V Krankengeld ohne zeitliche Begrenzung, für den Fall der Arbeitsunfähigkeit wegen derselben Krankheit jedoch für längstens 78 Wochen innerhalb von je drei Jahren.

Diese Regelung hat ihren Ausgangspunkt in der Risikoverteilung zwischen Kranken- und Rentenversicherung. Das Krankengeld dient dem Entgeltersatz bei vorübergehendem Verlust der Arbeitsfähigkeit. Eine andauernde Unfähigkeit zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit soll dagegen in die Leistungspflicht des Rentenversicherungsträgers fallen, der bei Eintritt des Versicherungsfalles mit einer (ggf. zeitlich befristeten) Rente wegen Erwerbsminderung einzustehen hat.

Insoweit kann es auch unabhängig von der aktuellen Entwicklung des COVID-19-Ausbruchsgeschehens dazu kommen, dass die Krankheits- bzw. Behandlungsverläufe nicht dazu führen, dass die Arbeitsfähigkeit vor Ablauf der 78 Wochen wiederhergestellt ist.

Auch vor dem Hintergrund, dass eine Prüfung hinsichtlich der Ursächlichkeit der aktuellen Entwicklungen des COVID-19-Ausbruchsgeschehens für die Überschreitung der 78 Wochen nicht realisierbar erscheint, sind diesbezügliche gesetzliche Änderungen derzeit nicht geplant. Das Bundesministerium für Gesundheit prüft jedoch weiterhin laufend, ob im weiteren Verlauf der Corona-Pandemie ergänzende Regelungen erforderlich sind.

Vor dem Hintergrund des Dargelegten vermag der Petitionsausschuss ein weiteres Tätigwerden nicht in Aussicht zu stellen und empfiehlt daher, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.